Beschluss des Landrats vom 29.01.2026

Nr. 1515

7. Petition gegen die Aufhebung der Buslinien Nr. 74 von Reigoldswil nach Bretzwil und Nr. 116 von Grellingen nach Seewen
2025/518; Protokoll: gs

Die Petitionskommission hat an ihrer Sitzung am 16. Dezember 2025 eine Delegation der Petentinnen und Petenten sowie eine Vertretung der Bau- und Umweltschutzdirektion angehört, sagt Kommissionspräsident **Tobias Beck** (EVP). Das Eintreten war unbestritten. Mit dem 10. Generellen Leistungsauftrag (GLA) wurden die Buslinien 74 und 116 aufgehoben, weil sie den gesetzlichen Anforderungen zur minimalen Wirtschaftlichkeit nicht mehr genügten. Der 10. GLA (Vorlage 2025/65) wurde vom Landrat nach der Vernehmlassung bei den Gemeinden am 8. Mai 2025 einstimmig genehmigt. Die BUD hat in der schriftlichen Antwort erklärt, dass die Aufhebung der Buslinie durch zwei Massnahmen abgefedert werde: erstens das Schulbusangebot zwischen Bretzwil und Reigoldswil und zweitens ein Fahrdienstangebot. Zum Postulat 2025/466 («Bretzwil sinnvoll mit dem ÖV erschliessen») von Sandra Strüby-Schaub wurde ebenfalls eine detaillierte Antwort gegeben. Die Petition wurde innerhalb von 4 Tagen von 280 Personen unterzeichnet.
Die Petentinnen und Petenten haben auf die Antwort der BUD erwidert, dass die Massnahmen nicht als Ersatz tauglich sind. Der Fahrdienst müsse 48 Stunden vorher bestellt werden und die Fahrt nach Reigoldswil dauere jetzt mit der Buslinie 111 über Liestal eine Stunde länger als vorher mit dem Bus 74. Der Wegfall der Buslinie 74 betreffe sehr viele Menschen: Kinder und Jugendliche, die ein Schul- und Freizeitangebot in Reigoldswil besuchen, ältere Menschen, die einkaufen gehen oder Arztpraxen aufsuchen etc. Die Petentinnen und Petenten machen sich grosse Sorgen um die Zukunft des Dorfs. Dass die Buslinie 74 in der Vergangenheit unzureichend ausgelastet gewesen sei, könne darauf zurückgeführt werden, dass sie tagsüber nicht stündlich und teilweise zu unattraktiven Zeiten verkehrt sei. Die Petentinnen und Petenten befanden, dass die Einwohnerinnen und Einwohner von Bretzwil wohl nichts gegen eine Steuererhöhung hätten, wenn man die Buslinie beibehalten würde. Auch die Option einer Verlängerung der Buslinie 71 wurde vorgebracht – wie auch, dass der Landrat sich gegen die Vorgaben entscheiden könne.
Vom Vertreter der BUD wurde auf ähnliche Geschäfte verwiesen, unter anderem die Petition gegen die Schliessung der Buslinie 116 (Vorlage 2024/573). Es sei nicht möglich, die Buslinien 74 und 116 weiterhin im GLA zu behalten, weil sie die Bedingungen der Wirtschaftlichkeit nicht erfüllen würden. Der Vorschlag des Komitees, den Mobilitätsfonds zu nutzen, sei nicht umsetzbar, weil er nicht für eine permanente ÖV-Finanzierung gedacht ist. Eine Verlängerung der Buslinie 71 sei auch nicht möglich, weil die Fahrt dann so lange dauern würde, dass für den Bus nur 2 Minuten Zeit zum Wenden bleibt – und das ist zu knapp: Wenn es eine Verspätung gibt, würde das die Rückfahrt tangieren. Man müsste darum einen weiteren Bus und Fahrpersonal bereitstellen, was einen grossen Kostensprung bedeuten würde. Prüfenswert sei hingegen die Bereitstellung eines On-Demand-Angebots.
Die Petitionskommission ist der Ansicht, dass das Anliegen der Petition absolut verständlich ist und dass es eine Lösung braucht. Es ist aber auch klar, dass die beiden Buslinien nicht im GLA bleiben konnten, weil sie die Bedingungen nicht erfüllen. Es ist klar, dass in einem weniger dicht besiedelten Gebiet nicht die gleiche Anzahl an Personen den ÖV nutzt; darum würden sie bei diesen Berechnungen immer unterliegen. Es gibt im GLA aber eine Pflicht für die Grunderschliessung, damit die Randregionen nicht vom öffentlichen Verkehr abgehängt werden. Diese Grunderschliessung ist aber durch die Linie 111 gegeben.
Die gesetzliche Grundlage wird also vom 10. GLA eingehalten und mit den verfügbaren Finanzen wurde ein möglichst optimales Angebot aufgebaut. Eine Überweisung der Petition als Postulat

wäre nicht zielführend. Die Antwort der BUD wäre gleich wie bei der Antwort zur Petition respektive zum Postulat 2025/466. Trotzdem ist die Situation für die Bewohnerinnen und Bewohner von Bretzwil verständlicherweise nicht ideal.
Darum beantragt die Petitionskommission eine Überweisung der Petition zur Kenntnisnahme an den Regierungsrat, verbunden mit der Bitte, ein On-Demand-Angebot als Ersatz für die aufgehobene Buslinie 74 zwischen Reigoldswil und Bretzwil in der weiteren ÖV-Planung zu prüfen. Diese Empfehlung erging mit 7:0 Stimmen ohne Enthaltung.

://: Eintreten ist unbestritten.

− *Beschlussfassung*

Jan Kirchmayr (SP) beantragt im Namen der SP-Fraktion, die Petition als Postulat zu überweisen. Wie der Kommissionspräsident bereits gesagt hat, diskutiert die BPK im Moment den Bericht zum Postulat «Bretzwil sinnvoll mit dem ÖV erschliessen», das vom Landrat im Dezember dringlich überwiesen wurde. Es macht Sinn, dass man die Forderung der Petition in der BPK als Fachkommission zusammen mit dem Postulat prüfen kann – um dann zusammen zu entscheiden, wie es weitergehen soll. Gleichzeitig geht es in der Petition auch um die Buslinie 116 von Grellingen nach Seewen. Der Abbau dieser Buslinie ist ein Unding. Das war eine schnelle Busverbindung, welche die Leute von Seewen ins Laufental oder ins hintere Birstal gebracht hat. Diese Buslinie wurde abgebaut, durchs Seetel fährt im Moment kein Bus mehr. Die Leute, die aus dem hinteren Birstal oder dem vorderen Laufental nach Seewen hinauf wollen, müssen jetzt die neu eingeführte Buslinie 67 über Dornach und Hochwald nehmen. Das ist eine lange, wenig komfortable und mühsame Bergfahrt. Es ist sowohl beim Bus 74 als auch beim Bus 116 unverständlich, dass ländliche Regionen so vom ÖV abgehängt werden.
Dazu kommt das Seetel selber, das wahrscheinlich die wenigsten kennen: Wenn man von Grellingen nach Seewen hochfährt, hat es dort einen Reithof und auch Gewerbe. Dass diese Betriebe jetzt keine ÖV-Erschliessung mehr haben, ist gerade auch für jene Leute mühsam, die beim Gewerbe im Seetel eine Lehre absolvieren – es ist nicht wirklich zufriedenstellend, wenn man dort nicht mehr mit dem ÖV hinkommt. Gleichzeitig hatte auch der Reiterhof eine ÖV-Station; dort konnten auch Kinder aus dem Unterbasel und aus dem Laufental die Reitstunden besuchen und dafür den ÖV nutzen.
Aus diesem Grund ist die Empfehlung der Petitionskommission vom Vorgehen her etwas speziell, als man einfach sagt, die Regierung solle etwas prüfen, aber die Petition bloss zur Kenntnis nehmen. Das dürfte falsch sein. Vielmehr sollte man diese Petition als Postulat überweisen, um das Thema sinnvoll anschauen zu können – und um dann zu entscheiden, wie es weitergehen soll.
Der Redner bittet darum, die Petition als Postulat zu überweisen.

Heinz Lerf (FDP) sagt, die Petitionskommission habe das Anliegen länger diskutiert, wozu auch Vertreterinnen und Vertreter der Petenten und der BUD eingeladen waren. Letztere haben die Problematik des neuen Fahrplans aufgezeigt. Man liess sich von der Direktion erläutern, dass kurzfristig nichts geändert werden kann. Ein Fahrplan ist ein schwieriges Regelwert, das viel Zeit in Anspruch nimmt, bis alle Linien zusammenpassen. Darum wurde die On-demand-Idee entwickelt; diese dürfte sich in den kommenden Jahren am einen oder anderen Ort als gute Lösung erweisen. Weil aber kurzfristig nichts geändert werden kann, wird mit der Überweisung zur Kenntnisnahme das gemacht, was sinnvoll ist. Eine Überweisung zusätzlich als Postulat wird nicht als sinnvoll erachtet.

Thomas Hafner (Die Mitte) sagt, die Mitte-Fraktion werde der Überweisung als Postulat grossmehrheitlich zustimmen. Der Redner als Mitglied der Petitionskommission wird persönlich aber anders als die Fraktion stimmen und dem Vorschlag der Kommission folgen.

Thomas Eugster (FDP) weist darauf hin, dass die BPK das Thema im Moment in Beratung habe, wie Jan Kirchmayr es gesagt hat – mit genau den Fragen, welche die Petition auch aufwirft. Es gibt keine zusätzlichen Punkte, wenn man die Petition überweist. Es ist aber verfahrenstechnisch so, dass eine Überweisung als Postulat den Prozess verlängern wird – weil die Kommission die Beratung logischer wohl sistieren wird, bis der Regierungsrat eine Antwort ausgearbeitet hat. Es dauert also länger, bis dann die Kommission entscheidet. Als BPK-Präsident ist es kein Problem, wenn die Petition überwiesen wird – es wird die Antwort aber nicht beschleunigen.

Ein Dorf wird vom Nachbardorf abgeschnitten, das eine Zentrumsfunktion hat, sagt **Ursula Wyss Thanei** (SP). Der Präsident der Petitionskommission hat dies sehr gut erklärt. Die verschiedenen Angebote des Zentrums von Reigoldswil jetzt einfach nach Liestal umzulagern, was eigentlich das Naheliegendste wäre, ist nicht so einfach. Für die Leute ist es wirklich sehr schwierig, mit dieser Situation umzugehen. Natürlich gibt es Stimmen, die sagen, man wohne auf dem Land und habe ein günstiges Haus, dürfe dann aber nicht ein wunderbar attraktives ÖV-Angebot erwarten. Das stimmt natürlich so nicht. Das Angebot war da – aber wahnsinnig attraktiv war es nicht. Der Bus ist ja nur einmal pro Stunde gefahren. Wenn man sich vorstellt, dass ein Dorf mit 700 Einwohnern eine Buslinie wirtschaftlich machen soll, indem es sie viel braucht, so ist dies eine Illusion. Deshalb braucht es ganz bestimmt eine Lösung – und diese Lösung braucht es bald. Die Rednerin war als Ersatzmitglied in der Petitionskommission und hat sich der Mehrheit angeschlossen; sie hat ihre Meinung jetzt aber geändert – und wird der Überweisung als Postulat zustimmen. Es ist wichtig, dass es ein bisschen Druck gibt.

Wie zuvor von Thomas Hafner gehört, ist die Mitte-Fraktion (bis auf Thomas Hafner) der Meinung, dass man die Petition als Postulat überweisen sollte, sagt **Pascal Ryf** (Die Mitte). Das Thema wurde in der BPK sehr intensiv diskutiert. Am Anfang wurde die Lösung gefunden, dass die Schülerinnen und Schüler einen Bus erhalten, der sie in die Schule fährt. Man hat dann aber gemerkt, dass dies eigentlich keine ideale Situation ist. Warum sollen nur Kinder und Jugendliche den Bus nutzen dürfen – und andere Personen nicht? Darum wollte man dies korrigieren. Wenn man zudem schaut, wie viele Personen die Petition unterschrieben haben, ist es ein sehr grosses Bedürfnis, dass die Buslinien noch einmal angeschaut werden. Insofern ist es speziell (wie vorhin von Jan Kirchmayr gehört), wenn die Petitionskommission sagt, es sei ein Problem, das man prüfen müsse – und vielleicht sollte ein On-Demand-Angebot eingeführt werden. Prüfen und Anschauen will ein Postulat ja genau. Und wenn die Petitionskommission nur von Kenntnisnahme spricht, wird das Anliegen eben nicht wirklich geprüft; der Regierungsrat hat nicht wirklich einen Auftrag. Nur weil dies im Bericht der Petitionskommission steht, ist es nicht bindend. Insofern macht es durchaus Sinn, dass man das Thema genau anschaut und eine gute Lösung findet. Auch für die Leute, die ins Moosmatt-Altersheim nach Reigoldswil gehen müssen, ist es sicher sinnvoll, wenn der Landrat eine gute Lösung finden kann. Darum wird die Überweisung als Postulat unterstützt.

Matthias Ritter (SVP) sagt, die SVP-Fraktion sei geteilter Meinung. Der Redner hofft aber, dass eine Mehrheit, auch seitens der Fraktion, das Postulat unterstützen wird. Es ist wichtig, dass das Thema in der BPK umfassend behandelt werden kann. Es sind alle, vor allem auch in der Fraktion, gebeten, der Überweisung als Postulat zuzustimmen.

Andrea Kaufmann (FDP) spricht als Einzelsprecherin der FDP-Fraktion und wird den Antrag unterstützen. Es kann den Vorrednern zugestimmt werden: Es muss für die Einwohnerinnen und

Einwohner von Bretzwil eine vernünftige Lösung geben. Sie sind auch Steuerzahler des Kantons. Man ist es ihnen schuldig, wenn auch nicht ein Luxus-, so doch ein vernünftiges Angebot bereitzustellen. Mit der Überweisung des Postulats setzt der Landrat auch ein Zeichen, dass man die Einwohnerinnen und Einwohner ernst nimmt.

Karl-Heinz Zeller (Grüne) sagt, dass die Voten in Richtung Postulat gehen. Inhaltlich ist dies auch richtig: Man muss die Leute, welche die Petition lanciert haben, ernst nehmen. Der Redner ist Mitglied der BPK. Dort wird das Thema ja diskutiert – und man ist froh um die Unterstützung der betroffenen Bevölkerung. Insofern ist es effizient, wenn man die Petition als Postulat überweist. Dann kann man beide Vorstösse gemeinsam beraten – und das Resultat liegt schnell wieder auf dem Tisch. Der Redner bitte um Unterstützung für die Überweisung als Postulat.

Die GLP-Fraktion ist gespalten, sagt **Margareta Bringold** (GLP). Ein Teil wird für Kenntnisnahme votieren, ein Teil wird die Überweisung als Postulat unterstützen – dies aus den Gründen, die Jan Kirchmayr genannt hat: Die hohe Zahl an Petenten zeigt doch die Gewichtigkeit des Anliegens. Das Problem, dass Bretzwil von Reigoldswil her sehr schlecht erschlossen ist (es dauert etwa eine Stunde länger ins Nachbardorf, sodass man zu Fuss fast schneller ist), muss man wohl nochmals anschauen. Das Postulat hat hier eine stärkere Wirkung. Die Rednerin wird diese Variante unterstützen, die Fraktion möglicherweise.

Weil die Meinungen weitgehend gemacht sind, will Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) nicht allzu ausführlich werden. Vielleicht braucht es aber gleichwohl jemanden, der mahnt und daran erinnert, dass der Kanton 86 Gemeinden umfasst; dass man also schauen muss, einigermassen gleichmässig unterwegs zu sein; dass man dafür sorgen muss, dass nicht die einen Gemeinden sehr gut und die anderen überhaupt nicht erschlossen sind. All das wollte man mit dem 10. GLA machen – und das ist grundsätzlich auch gelungen. Niemand will behaupten, dass der 10. GLA perfekt ist. Man muss immer daran weiterarbeiten. Manchmal sieht man auch erst in der Praxis, wenn Defizite entstanden sind, weil man etwas geändert hat. Es sei aber doch gesagt: Es gibt seit Dezember 2025 den Viertelstundentakt zwischen Liestal und Basel. Weiter gibt es seit Dezember 2025 halbstündlich den Schnellzug von Basel nach Laufen. Man wäre schlecht beraten und hätte die Aufgaben schlecht gemacht, wenn man auch nicht geschaut hätte, wie die Zubringer – vor allem die Busse – organisiert sind. Darum hat man zusammen mit dem Kanton Solothurn, der dort mit seinen Gemeinden gleichermassen betroffen ist, entschieden, das Busnetz zwischen Ergolztal und Birstal zu überprüfen. Man hat dieses zum Teil neu ausgestaltet – und unter dem Strich darf man ohne weiteres sagen (der Landrat hat es auch so beschlossen): Es gab Verbesserung.
Dies zum grossen Ganzen. Betreffend Bretzwil (alle wissen, wo die Gemeinde liegt) kann man ganz klar sagen, dass der Ort gut ans öffentliche Netz angeschlossen ist – und besser auch als in der Vergangenheit. Darum sollte man etwas überlegen, was links und rechts passiert, wenn man jetzt noch mehr machen will.
Dass die Gemeinde gut und besser als früher angebunden ist, gilt generell – bis abends spät und auch mit einem guten Takt. Es gab aber punktuell Verschlechterungen – und das ist unbestritten die Verbindung nach Reigoldswil. Das Argument ist darum verständlich. Der Grund ist aber relativ einfach. Gemäss dem Angebotsdekret waren die Linien 74 und 116 nicht genügend ausgelastet. Man hat deshalb mit der entsprechenden Konsequenz entschieden, sie nicht weiterzuführen. Wo es wirklich zwingend nötig ist – beim Schulangebot –, wurde mit der Gemeinde eine Lösung gefunden: Diese organisiert einen Fahrdienst. Man konnte lesen und hören, dass dies nicht als genügend taxiert wurde. Das ist dann die Frage, was «genügend» ist.
Wenn es jetzt heisst, man müsse weiter am Thema arbeiten, so gibt es bereits ein einschlägiges Postulat. Wenn jetzt noch die Petition in diesem Sinne überwiesen wird, dann wäre zum Beispiel

die Gemeinde Hemmiken (sie wird willkürlich und ohne nähere Prüfung genannt) froh, sie wäre so gut angebunden wie Bretzwil. Der Quervergleich sollte nicht vergessen werden.
Es ist am Landrat zu entscheiden, ob er die Petition als Postulat überweist oder nicht. Dass man in der Sache an der Arbeit ist, wurde bereits gesagt; es gibt ja bereits ein Postulat. Man muss aber auch schauen, dass man im ganzen Kanton, für die ganze Bevölkerung und für alle Gemeinden adäquate und auch faire und angemessene Lösungen finden kann.

Es wird jetzt über die Überweisung der Petition als Postulat abgestimmt, sagt Landratsvizepräsident **Andreas Dürr** (FDP). Gibt es eine Mehrheit, ist die Petition als Postulat überwiesen. Wird der Antrag abgelehnt, geht es anschliessend zur Abstimmung über den Kommissionsantrag auf Überweisung zur Kenntnisnahme.

://: Mit 59:16 Stimmen bei 6 Enthaltungen wird die Petition als Postulat überwiesen.